

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/173

Bonn, den 12. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2a	<u>Ist die CDU noch zu retten?</u>	132

Wer wird Erhards Nachfolger ?

Von Bruno Friedrich

3 - 3a	<u>Bonn - Bukarest und die "DDR"</u>	69
--------	--------------------------------------	----

Ostberliner Überlegungen zum Besuch Schmückers in Rumänien

Von \* \* \*

4 - 5	<u>Große Rationalisierungs- und Sperwelle in Israel</u>	83
-------	---------------------------------------------------------	----

Staat und Gewerkschaften gehen mit gutem Beispiel voran

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Falmon

+ + +

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG \*\*\*\*\*

Der SOZIALDEMOKRATISCHE PRESSEDIENST veröffentlicht am  
Dienstag, dem 13. September 1966 eine Sonderausgabe unter  
dem Titel:

EIN FORD - EINE UNION - UND KEINE FÜHRUNG

Erhard gegen Erhard

Beitrag des Sozialdemokratischen Pressedienstes zum Beginn  
der Parlamentsarbeit in September 1966

Diese Sonderausgabe enthält eine Zusammenstellung von  
Erhard-Zitaten zu den Innen- und Außenpolitischen Proble-  
men, die ihrer Lösung harren.

Die Redaktion

\*\*\*\*\*

## Ist die CDU noch zu retten?

Wer wird Erhards Nachfolger ?

Von Bruno Friedrich

Am Morgen des 20. September 1965 war für die CDU/CSU die Welt wieder eine gerechte Welt, sie hatte die Wahlen 1965 höher als 1961 unter Adenauer gewonnen, Ludwig Erhard verbuchte 47,6 Prozent als persönlichen Gewinn. Die SPD stellte die CDU befriedigt fest, war endgültig zurückverwiesen in die Rolle des ewigen Zweiten, sie wurde zunehmend geplagt von inneren Schwierigkeiten, auch künftig nicht mehr sein als eine Kontrahentpartei, eine Hessen- und Hanseatenpartei mit Berliner Auslage. Das Maß der Enttäuschung der SPD im September 1965 war bestimmt vom Wunsch, stärkste Fraktion im Bundestag zu werden. Der Schock, der die CDU am 10. Juli 1966 durch die Wahl in Nordrhein-Westfalen getroffen hat, ist anderer Natur. Ein Kranker, der eine schwere Krankheit überstanden wähnt, sieht sich einem heftigsten Leiden ausgeliefert, das, von trügerischen Pausen des Stillstands und der Erholung unterbrochen, schubweise seine Kraft zerschlägt. Wo ist, langfristig gesehen, Hoffnung für die CDU?

## Es liegt nicht nur an Erhard

Was viele ausschließlich als Schwäche Ludwig Erhards zu erkennen meinen, ist die Schwäche seiner Partei. Die Niederlage in Düsseldorf ist das endgültige "Aus!" für Josef Hermann Dufhues, der 1962, als Antwort auf das Godesberger Grundgesetzprogramm der SPD, die CDU reformieren wollte.

Was hat Dufhues scheitern lassen? Er ist an seiner Partei, das ist die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, das sind die Landesvorsitzenden, gescheitert, an einer Partei, die bei der Reform den bequemeren Weg gesucht hat. Der Volkskanzler als Reform-Ersatz, ein Bundeswahlkampf der aufgewärmten Vorurteile gegenüber der SPD anstelle politischer Sachlösungen - davon läßt sich einige Wahlkampfwochen leben, aber das ist kein Ersatz für Politik. Der Reformler Dufhues war als Reformler auch zu konservativ, um eine die Sozialdemokratie bedrängende moderne gesellschaftspolitische Konzeption entwickeln zu können. Wer Dufhues in Wahlversammlungen über die SPD je hat reden hören, der weiß, dieser Mann war nicht ihr Hassler, aber doch ihr kalter Verlehter, geistig nahe Freitschkes Satz: "Mag der Staat die niederen Klassen noch so reichlich ausstatten mit politischen Rechten, es bleibt doch dabei, daß sie nicht selbst regieren können."

## Vatertyp schmerzlich vernicht

Die nach dem 10. Juli hervorbrechenden Kritiker in der CDU wenden sich nicht gegen das Volkskanzler-System, sie kritisieren den ausscheidungsschwachen Kanzler. Nicht nach einer neuen Politik wird gefragt, nicht ein neuer Ansatz der Partei-Reform wird verlangt, gesucht wird ein Vatertyp, der im Stile Konrad Adenauers Regierung, Partei und Wähler der CDU zu führen versteht. Das Kanzler-Konzept ärztet sich, alte Namen leuchten auf und verschwinden: Kiesinger, Schröder, Gerstenmaier, Lücke. Strauß hält sich vornehm zurück, die Stunde des

P. J. S., das weiß er, wird kommen, wenn die Bedürfnisse der CDU größer geworden ist. Das wird die Stunde des starken, so oft verkörperten Mannes sein, als der er sich fühlt, denn werden CDU/CSU, darauf rechnen er, den von ihm geforderten Preis zahlen; nicht als Geduldeter, sondern als Gerufener, der sich berufen fühlt, will P. J. S. ins Kabinett.

Die Gegner Erhards reden von einem neuen Kanzler, Ludwig Erhard dagegen entdeckt plötzlich die CDU als Partei. Zwei Wochen nach der Düsseldorf Niederlage, als er seine Sprache langsam wieder fand, sprach Erhard von einer strafferen Parteiarbeit. 1962 hatte Erhard geschrieben: "Mich hat auch, so bewußt ich mich durch zwölf Jahre hindurch stets zur Christlich-Demokratischen-Union bekannt habe, im letzten doch keine Partei gekürt..." - jetzt verlangt den Kanzler nach mehr Partei. In der Partei aber sieht Barzel, kein Volkskanzler-Typ, seine Chance für den letzten Schritt auf die oberste Sprosse der politischen Leiter.

### "Kirche und Welt"

Eine gegen Erhard und Schröder gerichtete Organisation innerhalb der CDU ist Guttenbergs neue Arbeitsgemeinschaft "Kirche und Welt". Den weltlichen Geist der Gründer verbreitet jeder Donnerstag der "Rheinische Merkur", der kirchliche Geist der Gründer wird gespeist von Integralisten, die sich von den Enzykliken Johannes XXIII. HABERE ET HABERE und PACEM IN TERRIS, verraten fühlen, die, wie die Diskussionen des Katholikentages 1966 in Bamberg gezeigt haben, die Pastoral-Konstitution über die Kirche in der Welt von heute auf ihre Weise interpretieren: die Geschlossenheit der Christen in einer Partei verbürge an ehernen christliche Politik.

Der auf Pastoral-Konstitution zurückgehende Satz der fünf Bischöfe des Landes Nordrhein-Westfalen im Hirtenbrief zur Wahl am 10. Juli, "In Fragen der Ordnung irdischer Dinge kann es unter Christen berechnete Meinungsverschiedenheiten geben", wird durch Guttenbergs Arbeitsgemeinschaft sicher nicht verbreitet werden.

### Verwirrte Gesellschaft

So unübersichtlich wie die Auseinandersetzungen weltanschaulich orientierter Gruppen, deren Führer Weltanschauung und Kampf um persönliche Machtpositionen immer stärker identifizieren und sich damit immer weiter vom Geist des Konzils entfernen, so unübersichtlich werden die Machtkämpfe der wirtschaftlichen Interessengruppen innerhalb der CDU. Die unzureichende Institutionalisierung der Arbeitsgemeinschaften der Partei, die absolute Einflußlosigkeit der Partei auf die Beschlüsse der Fraktion, verwandeln die CDU in eine verwirrte Gesellschaft, die sich erst zu einer formierten Partei finden muß, eine von einer formierten Gesellschaft durch die CDU die Rede sein kann. So hartnäckig sich Ludwig Erhard vom Gruppenegoismus distanzieren mag; er hat das Prinzip des schrankenlosen Gruppenegoismus in die deutsche Nachkriegspolitik eingeführt, er hat daraus ein Regierungsprinzip gemacht und Ludwig Erhard ist, jedermann weiß es, durchaus kein Herakles, deshalb auch in Gefahr, an dieser Hydra des Gruppenegoismus zu ersticken.

### Der Zug zur Provinzpartei

Die CDU ist eine ihrer Struktur nach nicht mehr zeitgemäße Partei. Sigmund Neumann hat in seinem 1956 erschienenen Buch "Modern Political Parties" die Betonung der Weltanschauung und der Klassenzugehörigkeit als das Charakteristische des deutschen Parteienwesens hervorgehoben. Diese Feststellung hat im Jahr 1966 nur noch historischen Wert, keinen Zeitwert, sie gilt für eine Phase der Parteienentwicklung, die bei der SPD abgeschlossen ist; auch die Motive der Wähler bei ihrer Entscheidung für oder gegen eine Partei haben sich von Weltanschauungsfragen zu den Sachfragen verschoben. Dem Unionsgedanken fehlt 1966 die theologische Rückendeckung, nur in der mit der CDU durch Personalunion eng verbundenen katholischen Laienorganisation entwickelt sich ein Laienklerikalismus, der gegen den Rückzug der Kirche aus der Tagespolitik heftig protestiert.

Soweit eine Orientierung an Sachfragen vorhanden ist, gibt die CDU/CSU einem wirtschaftlichen Interesseneinfluß Raum, dessen Machtanspruch in einer demokratischen Gesellschaft durch eine entsprechend breite gesellschaftliche Basis nicht nachgewiesen werden kann. Die von Adenauer und Erhard über Gebühr an Haushaltskassen beteiligten Interessengruppen pocken auf vermeintlich angestammte Rechte, verwirren den Staatshaushalt und mißachten das Gemeinwohl. Die CDU hat, da sie keine Mitgliederpartei ist, aus diesen Interessengruppen ihren Parlamentsnachwuchs rekrutiert, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verstärkt die Abhängigkeit von gemeinwohlwidrigen Gruppeninteressen. Zugleich verliert die CDU Einflußrechte in städtischen Regionen, sie wird zur Provinzpartei, über zwei Dutzend ländliche Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen wählten am 10. Juli zwischen 60 und 70 Prozent sozialdemokratisch.

Im Jahr 1966 ist die CDU zurückgeworfen worden auf ihre Probleme des Jahres 1959, ihre Tagespolitik ist Ausdruck des inneren Zustandes. Das Kanzlerproblem der Kanzler-Partei ist ungelöst, die Parteireform von Duffuss begraben. Wer wird die CDU retten? Barzel wird es versuchen, durch einen neuen Anlauf zur Parteireform, aber mit der Fraktion im Rücken, deshalb ist seine Chance größer. Doch die Fraktion im Rücken bedeutet bei der CDU etwas anderes als bei der SPD. Adenauer hat seine Fraktion vor sich hergetrieben, und er wußte, worauf Barzel wird eine Programmreform vorziehen.

Sieben Jahre nach dem Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, zwei Jahre nach dem Konzil, inmitten starker Machtpositionen der Interessengruppen, belauert von Konkurrenten, ein konservatives Programm in progressiver Zeit zu formulieren, dazu gehört mehr als eine smarte Wendigkeit. Rainer Barzel bleibt kein anderer Weg, wird, was dabei herauskommt, eine Reform der CDU sein? Zu einer Reflexion über ihre Position in unserer Gesellschaft und in der Welt wird die CDU erst auf den Bänken der parlamentarischen Opposition fähig sein.

Zeitschrift junger Sozialdemokraten

+ + +

Bonn - Bukarest und die "DDR"

Ostberliner Überlegungen zum Besuch Schrückers in Rumänien

Von \* \* \*

Zu dem Besuch Wirtschaftsministers Schrücker haben sich bisher weder amtliche noch Parteinstanzen in Ostberlin geäußert. Diese Zurückhaltung kann nicht bedeuten, daß Ostberlin nicht mit Argusaugen die Vorgänge um den Besuch Schrücker in Bukarest beobachtet und beurteilt.

Zunächst ist festzustellen, daß Pankow mit seinen "Freunden" über diplomatische und Parteikanäle den Komplex abgesprochen hat. Es ist bekannt, daß der "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" mit den wirtschaftlichen Konsequenzen der Verhandlungen zwischen Bonn und Bukarest befaßt gewesen ist. Bevor Schrücker rumänischen Boden betreten hatte, ist das politische Kulissenspiel eifrig am Werk gewesen. Darauf deuteten mehrere diskrete Reisen hoher Funktionäre zwischen Pankow und Bukarest hin. Moskau, Bukarest und Ostberlin haben also sicher die Bedingungen und die Strategie untereinander ausgehandelt, so daß der entscheidende Schritt zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch konzeptionell vorbereitet sein dürfte.

Nun stellt sich die Frage: Hat Pankow auf einen Westberliner Sonderstatus verzichtet? Mit einigen Recht kann angenommen werden, daß den Rumänen darin freier Raum gegeben worden ist. Das ist die Passivseite in der politischen Rechnung der SED. Demgegenüber steht als Haben: Die Bundesrepublik durchbricht, wenn diplomatische Beziehungen aufgenommen werden, das Dogma des Alleinvertretungsrechtes. In wichtigen Teilaspekten wird eine Bresche in einen Wall geschlagen, der für Pankow bisher als unüberwindliches Hindernis galt. Nach Bukarest wird Prag folgen müssen, die übrigen Ostblockstaaten sind dann nur noch eine Frage der Zeit. Beim Abwägen beider Gewichte, der Berlin-Klausel und des Alleinvertretungsrechtes, wird sich Pankow des eigenen Vorteils bewußt sein.

Die Ostblockstaaten, einschließlich der "DDR", sind seit langer Zeit an besseren Handelsbeziehungen zum Westen, insbesondere zur Bundesrepublik, interessiert. Die Gründe sind vielfältig. Innerhalb des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) gibt es "Entwicklungsländer", denen der Anschluß an die Industrialisierung im eigenen Raum noch

nicht gelungen ist. Wenn es nicht zu erheblichen Spannungen mit diesen Ländern kommen soll, müssen die Sowjetunion, die "DDR" und die CSSR bestrebt sein, diese "nationalen Disproportionen" schnell zu beseitigen. Der Ärger mit China ist schon groß genug, als das man sich neue Krisenherde leisten könnte. Das Potential der industrialisierten RgW-Staaten reicht jedoch nicht aus, diese "Disproportionen" rasch zu beseitigen. - Diese Fakten sind dem Westen genau bekannt und es wurde versucht, mittels der Embargos (hierzu zählt das Röhrenembargo, die Pressionen zu vergrößern. Die Bundesrepublik war daran interessiert, daß diese Spannungstendenzen im RgW-Raum erhalten blieben, weil man hoffte, dann die Sowjetunion im politischen Bereich konzessionsbereiter zu finden. So lange der Westen einigermaßen einheitlich operierte, hatte diese Embargopolitik, wenigstens in der Optik, einige Aussicht auf Erfolg. Seitdem westliche Industriestaaten dabei sind, ihre wirtschaftlichen Verbindungen zum Osten auszubauen, ist diese Politik illusionär geworden. Will die Bundesrepublik im Osthandel nicht auf eine untergeordnete Position absinken, so ist es für sie unerlässlich, selbst tiefer ins Geschäft einzusteigen. Das hat naturgemäß auch politische Konsequenzen: Das Tief, das viele Jahre über Europa lagerte, fängt an, in Bewegung zu geraten.

+ + +

#### Mitteilung der Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Leiter der Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg ersuchte uns um die Veröffentlichung nachstehender Mitteilung:

"Zu dem im Sozialdemokratischen Pressedienst vom 9. September veröffentlichten Artikel "Ein kritisches Wort an die Adresse des Bundes" stellt Bürgermeister Professor Dr. Weichmann fest, daß dieser Artikel im wesentlichen die wörtliche Wiedergabe von Auszügen aus der Regierungserklärung ist, die der Bürgermeister am 15. Juni vor der Hamburger Bürgerschaft abgegeben hat. Die in diesen Ausführungen enthaltene Kritik am Gesetzentwurf zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität der Bundesregierung bezog sich auf den ersten bekanntgewordenen Referentenentwurf, der bekanntlich inzwischen überholt ist. Seitdem sind weitere Stellungnahmen des Bürgermeisters zu Fragen der Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftspolitik vor der Öffentlichkeit abgegeben worden, hier wird insbesondere auf die Erklärung von Professor Dr. Weichmann vor dem Bundesrat vom 5. August 1966 verwiesen."

Der gleiche Artikel Professor Dr. Weichmanns ist auch in der Augustausgabe der Zeitschrift DER STÄDTLAC erschienen.

+ + +

## Große Rationalisierungs- und Sparwelle in Israel

---

Staat und Gewerkschaften gehen mit gutem Beispiel voran

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon

Der sonst sehr trockene und formelle Briefstil der israelischen Behörden hat sich in diesen Wochen geändert. Die meisten Briefe an Bürger Israels enden nämlich mit Glückwünschen zum neuen Jahre. Das jüdische Neujahrsfest (Rosch Haschrah) wird im September gefeiert und bisher war es üblich, daß Minister, hohe Beamten und ganze Behörden an ihre "Klienten" besondere Glückwunschkarten oder Briefe zum Neujahrsfest versandten. Das ist auf Anweisung des Finanzministers Sapir und des Chefs des Beamtenkommissariats Schari verboten worden, weil gespart werden soll. Dafür haben jedoch die Behördenstellen das Recht, einige Wochen lang ersatzweise ihre Briefe mit Glückwünschen zu versehen. Die Bürger Israels warten nun noch darauf, daß auch Steuerbescheide, letzte Mahnungen und Pfändungen mit Glückwünschen enden, aber soweit ist es noch nicht gekommen.

### Neues Wirtschaftsprogramm

Spaß beiseite! Die Einsparungen bei den Glückwünschen sind Teil einer großen Rationalisierungs- und Einsparungswelle, die über den ganzen Staat rollt. Die Regierung Eschkol bereitet seit Wochen ein neues Wirtschaftsprogramm vor, das in vielem den Plänen Wilsons ähnelt und das auch Lohn- und Preiseinfrierungen vorsieht. Seine Annahme verzögert sich wegen Schwierigkeiten mit den Koalitionsparteien, aber inzwischen sollen schon die Teile in die Tat umgesetzt werden, über die wenig Meinungsverschiedenheiten bestehen und die vor allem dem Bürger zeigen, daß nicht von ihm allein Opfer gefordert werden.

Im Zuge der Konjunkturdämpfung in Israel gibt es in verschiedenen Wirtschaftszweigen Entlassungen. Die Bevölkerung wird zur Zurückhaltung in Ausgaben aufgefordert. Um auf eine entsprechende Reaktion zu stoßen, soll der Staat mit gutem Beispiel vorangehen. Innerhalb eines Jahres sollen wenigstens 1.000 Beamte abgebaut werden. Die Regierung veranlaßt Beamte, vorzeitig in Pension zu gehen; außerdem werden frei werdende Planstellen nicht mehr besetzt. Schließlich werden auch in gewissen Umfange Entlassungen vorgenommen. Das Sekretariat des Beamtenverbandes, das seine Interessen beeinträchtigt glaubte, hat zuerst protestiert; inzwischen ist es jedoch still geworden, da die Vertreter der Beamten einsehen mußten, daß sie sich schwer gegen eine Zeiterscheinung sträuben können.

Abgesehen vom Personalabbau werden auch sonst Einschränkungen im Staatsapparat vorgenommen. Weniger Beamte dürfen zu Kongressen ins Ausland fahren, der Gebrauch von Autos im Inland wird eingeschränkt, und auch bei kleineren Ausgaben ist Vater Staat sehr kleinlich geworden.

### Gemeinden müssen sich einschränken

Die Gemeinden in Israel leiden unter großen Defiziten; sie haben den Staat um Hilfe bei Ausgleich ihrer Stats gebeten. Das israelische

Innenministerium hat sich diesen Wünschen nicht versagt, aber es hat staatliche Unterstützung an die Bedingung geknüpft, daß die Gemeinden soweit wie möglich sparen. Alle weniger wichtigen Ausgaben und Entwicklungspläne müssen zurückgestellt werden; in erster Linie soll auf Ausgleich des Stats gesehen werden. Natürlich besetzen auch die Gemeinden freiwerdende Stellen nicht mehr oder kaum noch; auch sie führen im Bürobetrieb große Sparsamkeit ein.

#### Gewerkschaften und Zionistische Weltorganisation ziehen mit

Andere Institutionen haben sich diesem Vorgehen angeschlossen. Der Generalsekretär der Zentralgewerkschaft Histadruth, Ahron Becker, hat einen Rationalisierungsausschuß eingesetzt, der auch im Betrieb der Gewerkschaftszentrale Einsparungen und Verbilligungen erreichen soll. Die Zuwendungen für die Beamten werden gekürzt, man darf nicht mehr soviel Auto fahren, und auch die Histadruth-Vertreter müssen sich mit Reisen zu internationalen Tagungen sehr zurückhalten.

Wohl die weitgehendsten Sparmaßnahmen werden im Betrieb der Zionistischen Weltorganisation eingeführt, die für die Betreuung der Einwanderer nach Israel zuständig ist. Über die Arbeitsweise bei der Betreuung gab es seit langem Meinungsverschiedenheiten; außerdem ist die Zahl der Einwanderer sehr zurückgegangen, so daß die bisher üblichen Organisationsformen nicht mehr berechtigt erschienen. Die Leitung der Zionistischen Organisation entschied daher, daß alle Abteilungen, die sich mit Einwandererbetreuung befassen, zu einer Behörde zusammengeschlossen werden sollen. Dies macht erstens eine wirksamere Fürsorge für die Einwanderer möglich, die sich über die bisherige Zersplitterung sehr beschwert hatten, weil sie von Abteilung zu Abteilung laufen mußten. Daneben ist aber auch eine große Personalersparnis zu erwarten. Die Leitung der Zionistischen Organisation will von ihren über 4 000 Beamten etwa 1 000 entlassen; etwa 400 Beamte sind bereits ausgeschieden.

#### Ziel Stabilisierung

Inzwischen bereitet sich die Bevölkerung auf eine Reihe von Maßnahmen vor, die der Wirtschaftstabilisierung und der Überwindung des Defizits in der Handels- und Zahlungsbilanz dienen sollen, wie Lohnstopp im Jahre 1967, möglicherweise eine Zwangsanleihe, deren Mittel für Arbeitsbeschaffung (ohne inflationistische Finanzierung) verwendet werden sollen. Schließlich sollen die Devisenzuteilungen für Auslandsreisen von 500 auf 350 Dollar gesenkt werden (nach britischem Vorbild), obwohl vor dieser Maßnahme gewarnt wird.

Das Vorgehen des Staates mit seinen Einsparungen soll den Boden vorbereiten. In vergangenen Jahren scheiterten alle Einschränkungsversuche, und nach einiger Zeit war die Zahl der Beamten größer als je zuvor. Dieses Mal wird jedoch eine große, konzentrierte Anstrengung unternommen, und Finanzminister Sapir verspricht, daß das Ergebnis tatsächlich spürbar sein wird.